



**University of
Zurich**^{UZH}

**Zurich Open Repository and
Archive**

University of Zurich
University Library
Strickhofstrasse 39
CH-8057 Zurich
www.zora.uzh.ch

Year: 2013

**Menschenrechte und Relativismus: einige Anmerkungen aus
(völker)rechtlicher Perspektive**

Lorenz, Langer

Posted at the Zurich Open Repository and Archive, University of Zurich
ZORA URL: <https://doi.org/10.5167/uzh-139421>
Journal Article

Originally published at:

Lorenz, Langer (2013). Menschenrechte und Relativismus: einige Anmerkungen aus (völker)rechtlicher Perspektive. *Erwägen Wissen Ethik*, (24):261-263.

Erwägen Wissen Ethik

DELIBERATION

KNOWLEDGE

ETHICS

Forum für Erwägungskultur – Forum for Deliberative Culture

Herausgegeben von

Frank Benseler, Bettina Blanck, Reinhard Keil, Werner Loh

EWE

24

Jg. 24/2013 Heft 2

Hauptartikel

Relativismus und Menschenrechte, Marie-Luisa Frick

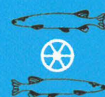
Kritik

Christoph Antweiler, Farhood Badri, Heike Baranzke, Thomas Bargatzky, Peter Blickle, Andreas M. Bock, Christoph Böhr, Eike Bohlken, Norbert Brieskorn, Micha Brumlik, Philippe Brunozi, Sergio Dellavalle, Erhard Denninger, Sarhan Dhouib, Julia Dietrich, Marcus Düwell, Elisabeth Ehrensperger, Henning Hahn, Tobias Hainz, Miao-ling Hasenkamp, Gudrun Hentges, Kathrin Hönig, Thomas Hoppe, Andreas Hütig, Fatima Kastner, Matthias Katzer, Matthias Kettner, Roland Kipke, Monika Kirloskar-Steinbach, Stephan Kirste, Heiner F. Klemme, Nikolaus Knoepffler, Markus Kotzur, Stefan Kroll, Anne K. Krüger, Bernd Ladwig, Lorenz Langer, Friedrich Lohmann, Georg Lohmann, Wolfgang Maaser, Janne Mende, Anja Mihr, Elmar Nass, Devin O. Pendas, Dietmar von der Pfordten, Karl-Heinz Pohl, Theodor Rathgeber, Michael Reder, Sandra Reitz, Daniela Ringkamp, Heiner Roetz, Jan Sieckmann, Anne Siegetsleitner, Tine Stein, Burkhard Stephan, Ekkehard Strauss, Christian Helmut Wenzel, Franz Josef Wetz, Rolf Zimmermann

Replik

Marie-Luisa Frick

LUCIUS
LUCIUS



ISSN 1610-3696

6 Der *locus classicus* ist F. Nietzsche, „Zur Genealogie der Moral. Eine Streitschrift“ (1887). In: *Band 5 der Kritischen Studienausgabe*, hrsgg. v. G. Colli und M. Montinari, München u.a. 3. Auflage 1993.

Adresse

Prof. Dr. Bernd Ladwig, Freie Universität Berlin, Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft, Ihnestr. 22, D-14195 Berlin

Menschenrechte und Relativismus – einige Anmerkungen aus (völker)rechtlicher Perspektive

Lorenz Langer

((1)) Ist ein Aufsatz oder eine Monographie zu kommentieren, so notiert man in der Regel bereits während der Lektüre mögliche Kritikpunkte und Unzulänglichkeiten; je länger man liest, um so länger wird die resultierende Liste, die abschließend nur noch zu einem fortlaufenden Text umgearbeitet werden muss. Ärgerlich ist es für den Kommentator deshalb zumindest aus praktischen Gründen, wenn im Laufe der Lektüre seine Kritikpunkte fast allesamt adressiert und auf überzeugende Weise aufgelöst werden. Diese Inkonvenienz wird aber mehr als kompensiert durch die substantiellen Einsichten und die Reflektion der eigenen Positionen, die ein solcher virtueller Diskurs mit der Autorin nach sich ziehen.

((2)) Der Beitrag von Marie-Luisa Frick geht die Relativismus-Frage ohne ideologische Scheuklappen und ohne quasi-religiöse Ehrfurcht vor dem hehren Ideal der Menschenrechte an. Eine solche realistische Betrachtungsweise bedeutet für die graduelle Verwirklichung dieser Rechte einen weitaus wesentlicheren Beitrag als das unreflektierte Insistieren auf ihrer Universalität, Unteilbarkeit und Unveräußerlichkeit, wie es unter Menschenrechtsaktivisten inzwischen *de rigueur* zu sein scheint.¹

((3)) Wie die Autorin richtig bemerkt (1), stellt sich die Frage nach der Universalität von Menschenrechten heute nicht mehr nur *in abstracto*, und nicht nur mit Bezug auf ferne Länder, die gegebenenfalls anderen Werten nachleben, sondern sehr konkret auch *innerhalb* von zunehmend heterogenen Gesellschaften. Konkret muss eine Diskussion über Menschenrechte aber auch in einer zweiten, von der Autorin (trotz der Differenzierung in (9)) etwas vernachlässigten Weise sein: Menschenrechte treten uns (außerhalb von konzeptuellen Diskussionen) nie als abstraktes Ganzes entgegen, sondern stets in spezifischer Form. Wenn die Autorin von Menschenrechten als Mindeststandards spricht (4), so wirft dies natürlich sofort die Frage nach der Verortung solcher als verbindlich gedachter Standards auf. Menschenrechte sind, wenn sie von ihren Trägern eingefordert werden können sollen, als Rechte im juristischen Sinne zu verstehen: als Ansprüche, die nicht nur moralischer Natur sind, sondern in einem institutionalisierten Verfahren tatsächlich als stehender „Trumpf“ (vgl. (4)) gespielt werden können.

((4)) Damit ist der Verweis auf die Konkretisierung von Menschenrechten in nationalen Verfassungen und regionalen oder internationalen Verträgen verbunden. Mit der Analyse von Menschenrechten als Rechte im juristischen Sinne erhält die Frage nach Universalität oder Relativität eine technisch-formale Dimension, die zwar keineswegs alleine maßgeblich ist, die aber vor allzu realitätsfernen Wunschvorstellungen über Macht und Möglichkeit von Menschenrechten bewahren kann.

Menschenrechte als Vertragsrechte

((5)) In juristischem Kontext war die Diskussion über Universalität von Menschenrechten stets eng mit der Auseinandersetzung zwischen Positivismus und Naturrecht verflochten. Durch die weitgehende Kodifizierung von Grund- und Menschenrechten hat sich dieser Gegensatz entschärft: Während der Naturrechtler solche Codices als Ausdruck universeller Werte versteht, genügen sie, da gesetztes Recht, dem Positivisten ebenfalls als Geltungsgrundlage, wenn er die *Maxime pacta sunt servanda* als Grundnorm der Rechtsordnung betrachtet.² Die zahlreichen Menschenrechtsinstrumente auf internationaler Ebene und ihre oft annähernd umfassende Ratifizierung können so von Juristen als hinreichender Beleg für die Universalität der darin verbrieften Rechte verstanden werden. Aus dieser Warte erübrigen sich mit der Kodifikation Diskussionen um Geltungsgrundlage und Gültigkeitsbereich von Menschenrechten.³

((6)) Aber auch ein sorgfältig ausgearbeiteter Vertrag lässt noch viele Fragen offen. Es darf vor allem nicht vergessen werden, dass ein völkerrechtlicher Vertragstext stets das Resultat eines Verhandlungsprozesses zwischen Staatenvertretern ist. Damit gehen Absprachen, Kompromisse und Tauschgeschäfte einher, die oft politischen Notwendigkeiten mindestens ebensoviel Gewicht beimessen wie rechtlichen Überlegungen. Allein aus diesem Grund ist vor verklärter Überhöhung von Menschenrechtskonventionen zu warnen. Auch darf der tatsächliche Geltungsbereich solcher Konventionen nicht überschätzt werden. Zum einen sind nicht alle Staaten Vertragspartei aller wichtigen Menschenrechtsverträge. China hat den Uno-Pakt II noch nicht ratifiziert; die USA haben weder die Kinderrechtskonvention noch den UNO-Pakt I oder die Frauenrechtskonvention ratifiziert (vom Zusatzprotokoll zum Uno-Pakt II über die Todesstrafe ganz zu schweigen); Indien schließlich hat die Anti-Folterkonvention nicht ratifiziert. Gewiss handelt es sich hier zunehmend nur noch um vereinzelte Lücken; wichtiger ist, dass auch die Ratifizierung eines Vertrages nicht automatisch dessen vollständige Anwendung nach sich zieht, da zahlreiche Vertragsstaaten zum Teil gewichtige Vorbehalte anbringen.⁴ Zwar sind solche Vorbehalte ungültig, wenn sie mit Zweck und Ziel des fraglichen Vertrages unvereinbar sind;⁵ aber da in der Regel ein autoritativer Mechanismus fehlt, um eine solche Zweckwidrigkeit festzustellen, bleibt es häufig bei (weitgehend folgenlosen) Widersprucherklärungen einzelner Staaten.⁶

Systemische Kritik an Menschenrechten

((7)) Die Analyse von Menschenrechten als Rechte zeigt aber noch weitere Probleme auf. Es ist ein Gemeinplatz, dass Rechtsnormen zwingend der Auslegung bedürfen. Dafür sind in der Regel Gerichte oder gerichtsähnliche Instanzen wie der UNO-Menschenrechtsausschuss zuständig. Wie bei Gerichten auf nationaler Ebene, wenn auch in etwas anderer Konstellation, stellt sich hier das Problem der *counter-majoritarian difficulty*⁷: dass justizielle Instanzen Entscheide über den Umfang und den Anwendungsbereich von Normen fällen, die unter Umständen weit über den ursprünglichen Konsens der Normgeber hinausgehen oder ihm sogar widersprechen. Der Schutzbereich der EMRK beispielsweise ist in den letzten sechzig Jahren durch den Straßburger Gerichtshof kontinuierlich erweitert worden, sowohl im Bereich der prozeduralen wie auch der substantiellen Rechte. Obwohl gerade der EGMR einen gewissen kulturellen Relativismus zulässt,⁸ darf man die Frage stellen, inwieweit diese Rechtsfortbildung noch durch den Konsens bei Vertragsschluss gedeckt ist.⁹ Die Mitgliedsstaaten sehen sich zunehmend in ihrer Kompetenz beschnitten, grundlegende Fragen eines republikanischen Gemeinwesens auf demokratisch legitimierte Weise zu regeln.¹⁰

((8)) Bei Instrumenten mit universellem Anspruch stellt sich die Legitimationsfrage aber auf eine noch fundamentalere Weise. Wie bereits erwähnt, sind solche Instrumente das Ergebnis oft langjähriger Verhandlungen. Legislator ist dabei eine Staatengemeinschaft, die zwar nominell aus gleichrangigen Mitgliedern besteht; faktisch aber sind manche Staaten offensichtlich gleicher als andere. Diese Disparität hat auch unmittelbare Auswirkungen auf den Kanon der Menschenrechte. Man darf nicht vergessen, dass 1948, als die Allgemeine Menschenrechtserklärung verabschiedet wurde, die UNO erst 58 Staaten umfasste (heute 193) – also Universalität bestenfalls in Ansätzen gegeben war. Und es steht auch außer Frage, dass in der Folge die Agenda des Menschenrechtsschutzes durch in ihrem Ursprung westliche Vorstellungen von Individual- und Freiheitsrechten bestimmt wurde. Wenn die Kodifizierung und Durchsetzung von Menschenrechten als Verhandlungsprozess erkannt wird, so kann nicht verwundern, dass dieser Prozess auch politische oder wirtschaftliche Machtverhältnisse spiegelt.

((9)) Grundsätzlich gilt: sobald ein Verhalten in mehreren westlichen Staaten als menschenrechtlich relevant erkannt wird, soll dies auch auf globaler Ebene gelten. Es ist beispielsweise nicht allzu lange her, dass in Europa und auch in den USA homosexueller Geschlechtsverkehr ein strafrechtlicher Tatbestand war.¹¹ Nachdem nun die langjährige rechtliche Diskriminierung gleichgeschlechtlicher Paare Schritt für Schritt überwunden wird und ihnen zunehmend auch das Recht zu Ehe oder eheähnlicher Partnerschaft eingeräumt wird, folgen umgehend entsprechende Forderungen in internationalen Foren, trotz entschiedenen Widerstandes insbesondere von islamischen Ländern.¹²

((10)) Über die Jahre gab es sehr wohl eine ganze Reihe von entgegengesetzten Versuchen, die westliche Agenda zu ergänzen oder zu ersetzen. Diese Forderungen – beispielswei-

se nach einer Neuen Wirtschaftsweltordnung, nach einem Recht auf Entwicklung, oder zuletzt auch nach der rechtlichen Sanktion von Religionsbeleidigungen – resultierten zwar in einer Unzahl von Resolutionen, die aber rechtlich nicht bindend sind. Wird trotz Widernissen doch noch ein Vertragstext verabschiedet, der Bedürfnisse primär von nichtwestlichen Staaten adressiert, so wird er auch nur von diesen ratifiziert und bleibt damit weitgehend wirkungslos.¹³ Was also als Menschenrecht gilt und was als solches durchgesetzt wird, ist durchaus *auch* eine Machtfrage.

((11)) Aber wie Marie-Luisa Frick richtig andeutet (38), muss dieser Einfluss der Macht differenziert analysiert werden – denn es wäre simplistisch, nur dem Westen machtpolitische Interessen im Zusammenhang mit der Universalismuskritik vorzuwerfen. Auch die Vertreter des kulturellen Partikularismus sorgen sich nicht nur um internationale Fairness und die Bewahrung regionaler oder lokaler Werte: Kritik an universalistischen Ansprüchen kann ebenfalls durch machtpolitische Überlegungen motiviert sein. Und wird der Menschenrechtsdiskurs primär durch die machtpolitische Linse betrachtet, muss auch berücksichtigt werden, dass Macht keine statische Größe ist, sondern sich ihre Balance über die Zeiten hin ändern kann. Es wird sich bald weisen, ob der weltweite Vormarsch des Menschenrechtsgedankens wirklich nur der westlichen Hegemonie geschuldet ist: Denn angesichts der globalen Verschiebungen der wirtschaftlichen und auch militärischen Potenz sind den Möglichkeiten insbesondere Europas, mit wirtschaftlichem Druck Ratifizierung und Einhaltung von Menschenrechtsverträgen zu fordern, zunehmend engere Grenzen gesetzt.

Ontologischer Relativismus als Lösung?

((12)) Das Völkerrecht bietet aus diesen und manchen anderen Gründen nur eine ungenügende Grundlage für einen unbedingten Universalismus der Menschenrechte. Daraus darf aber nicht der Fehlschluss des *anything goes* gezogen werden. Gerade darin liegt meines Erachtens das große Verdienst von Marie-Luisa Frick, dass sie mit ihrer ontologischen These der Relativität jenen zynischen und auch selbstgefälligen Relativismus verwirft, der die Möglichkeit jeglicher Wertehierarchie unter Hinweis auf kulturelle Äquivalenz verneint. Man mag auf abstrakter Ebene darauf verweisen, dass es keine wissenschaftliche Methode gibt, Kulturen und kulturelle Praktiken qualitativ zu evaluieren.¹⁴ Solche vom Lehn- (oder Lehr-)stuhl aus geäußerte ‚Toleranz‘ ist wohlfeil und weltfremd, ignoriert sie doch die ganz evidente Lebenserfahrung, dass Folter beispielsweise nicht nur den von Aufklärung und Säkularisierung geprägten Europäer, sondern jeden Menschen schmerzt, oder dass auf allen Kontinenten Übergriffe der Staatsmacht das Privatleben der Menschen auf üble Weise und gegen deren Willen beeinträchtigen können.

((13)) Die Autorin argumentiert zwar, dass in einer pluralistischen Welt ein einziger, absoluter Geltungsgrund für universale Menschenrechte nicht erkennbar ist. Sie verneint damit jedoch weder die mögliche Geltung noch die Existenz solcher Rechte. Auch wenn eine einzig wahre Moral nicht postuliert werden kann, enthebt uns dies nicht der Pflicht, nach

ihr zu suchen und auf ihre Verwirklichung hinzuwirken. Der Geltungsgrund von Menschenrechten wird so von der transzendenten Ebene ins Individuum verlegt (39): Hier stehe *ich*, und *ich* kann nicht anders. Der Menschenrechtsschutz wandelt sich zu einem empirisch-evolutionären Unternehmen, das weder in moralische Beliebigkeit absinken noch sich mit dem Rückgriff auf absolute Wahrheit(en) durchmogeln darf. Menschenrechte sind jene Rechte, die uns, im Heute und Hier, als das Richtige, das zwingend Notwendige erscheinen und erscheinen müssen. Es wäre an der Zeit zu akzeptieren, dass Menschenrechte weder ewig vorbestehend noch ohne jede klare Kontur, sondern das Resultat eines evolutionären Prozesses sind.¹⁵ Wir kämpfen nicht für ‚das Menschenrecht‘, sondern für unsere (gegenwärtige) Idee von Menschenrechten.¹⁶

((14)) Die Einsicht, dass Menschenrechte nicht – wie manche Religionen für ihre Offenbarungen in Anspruch nehmen – in Stein gemeißelt sind oder jenseits von Zeit und Raum existieren, schwächt sie nicht, sondern zwingt ihre Befürworter zu reflektiertem und selbstkritischem Aktivismus. Dank ihr kann auch Kritik an der schrittweisen Erweiterung oder Ergänzung von Menschenrechten überzeugender gekontert werden. So mögen beispielsweise homosexuelle Paare früher nicht geschützt gewesen sein – heute müssen wir ihr Recht auf Privatleben und Gleichbehandlung aber als Menschenrecht anerkennen, nicht zuletzt aufgrund der *rules of recognition*, die wir zu diesem Zweck aufgestellt haben und die sich beispielsweise in einem Urteil des EGMR äußern können.

((15)) Hindernisse gibt es auf dieser ‚Gratwanderung‘ (39) genug und auch gewisse Grenzen, wo ein Entweder-oder nicht vermieden werden kann: So setzt die von der Autorin geforderte Um-Hierarchisierung von Wertgrundsätzen eben doch voraus, dass *ein* Wertekanon den Inhalt des anderen determiniert. Man mag beispielsweise die Gemeinsamkeiten von Religion und Menschenrechtsglaube noch so unermüdlich betonen – es wird immer *hard cases* geben, in denen ein unmittelbar anwendbares und eindeutig formuliertes göttliches Gebot entweder respektiert oder mit Hinweis auf ein Menschenrecht relativiert wird.¹⁷ In einem solchen Fall kann der von Marie-Luisa Frick vorgeschlagene Agon nur mit dem Sieg des einen Normsystems über das andere enden.

((16)) Hier wird das Problem deutlich, mit dem ontologische Relativisten (zu denen wohl auch der Schreibende zählt) unausweichlich konfrontiert werden: Der Fragilität der eigenen Position bewusst, bleibt als Handlungsmaxime nur die Aufforderung, sich doch stets redlich zu bemühen. Ein solches redliches Bemühen wirkt neben der heroischen Universalitätsrhetorik (und auch als Contra von religiösen Brandreden) unausweichlich etwas zerebral und kraftlos. Der Überzeugungskraft der Argumente von Marie-Luisa Frick auf eine geneigte Leserin oder einen geneigten Leser tut dies jedoch keinerlei Abbruch.

Anmerkungen

1 Vgl. die wegweisenden Formulierungen in Vienna Declaration and Programme of Action, World Conference on Human Rights (25. Juni 1993), A/CONF.157/24 (Part I), paras. 2, 5, 10.

2 Vgl. Hans Kelsen, *Reine Rechtslehre* (2. Aufl. Wien, 1960), 223.

3 Vgl. schon Hersch Lauterpacht, *International Law and Human Rights* (London, 1950), 73.

4 Vgl. etwa die religiös bedingten Vorbehalte muslimischer Staaten zu Uno-Pakt II, Kinderrechtskonvention, Folterkonvention und Frauenrechtskonvention, oder der standardmäßige US-amerikanische Vorbehalt des eigenen Verfassungsrechts.

5 Vienna Convention on the Law of Treaties [VCLT], 23. Mai 1969, 1155 UNTS 332, Art. 19(c).

6 Vgl. Arts. 20 & 21 VCLT.

7 Grundlegend dazu im Kontext der US-Verfassungsgerichtsbarkeit Alexander M. Bickel, *The Least Dangerous Branch* (New Haven, 1962).

8 Vgl. zum sog. *margin of appreciation* etwa *Otto-Preminger-Institut v. Austria*, Application no. 13470/87, ECtHR (20. September 1994) (Filmverbot wegen Herabwürdigung religiöser Lehren) und *Lautsi v. Italy (Grand Chamber)*, Application no. 30814/06, ECtHR (18. März 2011) (Kruzifix in öffentlicher Schule).

9 Natürlich kann umgekehrt überzeugend argumentiert werden, dass dieser Konsens eben auch die Mechanismen zur Rechtsanwendung und -entwicklung umfasste.

10 Dies betrifft besonders die Fragen, wer wie am politischen Prozess mitwirken darf (z.B. *Hirst v. United Kingdom (No. 2)* (ECtHR (Grand Chamber)), Application no. 74025/01 (6. Oktober 2005)), und wen eine Gemeinschaft in ihrer Mitte dulden will und muss (*Udeh v. Switzerland*, Application no. 12020/09, ECtHR (16. April 2013)).

11 In den USA hat erst die (nicht einstimmige) Entscheidung in *Lawrence et al. v. Texas*, 539 US 558 (2002) die Kriminalisierung auf gliedstaatlicher Ebene für verfassungswidrig erklärt.

12 A/HRC/17/19 - General comments and explanations of the vote: Pakistan on behalf of the OIC, HRC, 17th sess., 34th mtg. (17 Juni 2011).

13 Vgl. die International Convention on the Protection of the Rights of All Migrant Workers and Members of their Families, 18. Dezember 1990, 2220 UNTS 93.

14 So das auch von der Autorin zitierte Statement der Amerikanischen Anthropologischen Gesellschaft: American Anthropological Association (Executive Board), ‚Statement on Human Rights‘ (1947) 49 *Am. Anthropologist*, S. 542.

15 Ähnlich schon Julian Huxley, *Evolutionary Ethics* (Oxford, 1943), 7.

16 Vgl. Huxley, *Evolutionary Ethics*, 29 für analoge Überlegungen zum Gottesbild.

17 Die *Hudūd*-Kategorie im Islam etwa sanktioniert ein Vergehen gegen Gott mit einer klar definierten Strafe und ist daher theologisch einer Uminterpretation kaum zugänglich.

Adresse

Dr. Lorenz Langer, Universität Zürich, Centre for Research on Direct Democracy, Küttigerstraße 21, CH-5000 Aarau

Wie absolut ist der menschenrechtliche Universalismus?

Friedrich Lohmann

((1)) Wer wie Marie-Luisa Frick über Relativismus und Menschenrechte schreibt und in den einleitenden Absätzen Mahathir bin Mohamad, Bentham und Burke zitiert, muss damit rechnen, in die Schublade eines post-kolonial opportunisten gewordenen, polemisch eleganten, auf einer tieferen Ebene aber wenig überzeugenden anti-menschenrechtlichen Denkens eingeordnet zu werden. Nichts wäre freilich voreilig als eine derartige Bewertung. Frick grenzt sich im Korpus ihres Essays ausdrücklich von „eine[r] sehr bestimmte[n]“